

MON 810-Anbauverbot in Deutschland bleibt Aigner und Imkerpräsidenten tauschen sich zu Prob- lemen der Bienezucht aus

Wachtberg, 15.12.2011: Wenn es nach Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, geht, wird sich an dem gegenwärtig bestehenden Anbauverbot für gentechnisch veränderten Mais der Sorte MON 810 vorerst nichts ändern. Auch zum Anbau von gentechnisch verändertem Raps in Deutschland sagt die Agrarministerin wegen der hohen Auskreuzungsgefahr nein. Dies versicherte sie bei einem einstündigen 6-Augengespräch mit den Präsidenten des Deutschen Imkerbundes e. V., Peter Maske, und des Deutschen Berufs und Erwerbs Imker Bundes e. V., Manfred Hederer, das gestern Abend im Berliner Dienstsitz des Ministeriums stattfand.



P. Maske, Präsident des größten europäischen Bienezüchterverbandes, hatte um dieses Treffen gebeten, da seit dem letzten Runden Tisch im Bundesministerium mittlerweile zwei Jahre vergangen waren. Die Hauptprobleme, die den Imkerverbänden derzeit unter den Nägeln brennen, sind der Pflanzenschutzmitteleinsatz, die Bekämpfung von Bienenkrankheiten, aber insbesondere GVO-Pollen im Honig. Diese Thematik ist durch das sogenannte „Honig-Urteil“, das der Europäische Gerichtshof am 6. September fällte, besonders in den Fokus gerückt und hat bei vielen Imkereibetrieben zu großer Unsicherheit geführt, wie Honig zukünftig vermarktet werden kann. Nach dem Urteil ist Honig, der Pollen von GVO-Pflanzen enthält, die nicht als Lebensmittel zugelassen sind, nicht verkehrsfähig. Aufgrund des nationalen Anbauverbotes wird derzeit in Deutschland kein gentechnisch veränderter Mais angebaut. Hierfür liegen nach wie vor passende Gründe vor, so die Ministerin.

Derzeit gibt es bundesweit lediglich auf 8 Hektar Forschungsfreisetzungen. Im Gespräch wurde darüber diskutiert, wie an solchen Flächen der Eintrag von Pollen durch Honigbienen vermieden werden kann. Die Imkerverbände schlugen dazu u. a. den Anbau unter Glas bzw. das Entfernen der Pollenfahnen vor der Blüte vor.

Das Bestehen des derzeitigen Anbauverbotes ist für die Imkerinnen und Imker von großer Bedeutung, denn deutscher Honig ist beim Verbraucher sehr beliebt und gilt als besonderes regionales Qualitätsprodukt.

Im Gespräch dankte Peter Maske der Ministerin aber auch für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Monitoring- und Forschungsprojekte, bei denen es insbesondere um die Erforschung der Zusammenhänge zwischen Bienengesundheit, Umwelt und der Einwirkung von Pflanzenschutzmitteln gehe. Das Bienenvolk als Bioindikator müsse dort fest verankert sein.

Mit Bedauern wurde festgestellt, dass nach über 30 Jahren, die die deutschen Imkereien mit der eingeschleppten Varroamilbe leben, noch immer kein einfach anwendbares und effektives Behandlungsmittel existiert, das den Parasiten ausreichend bekämpfe. Bereits jetzt seien sehr viele Bienenvölker an der Varroamilbe oder an einer Sekundärinfektion eingegangen. Nach den Prognosen und Umfragen der deutschen Bieneninstitute sei im Frühjahr eine Verlustrate von mind. 30 % zu erwarten, was bei anderen Nutztieren keinesfalls hingenommen werde, so die Imkerpräsidenten.

Deshalb müsse es die Fortführung des Bienenmonitoring und die Suche nach effektiven Behandlungsmitteln mit finanzieller staatlicher Unterstützung unbedingt geben.

Zwei weitere Diskussionspunkte waren die Themen Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, wo der Ministerin zwei Alternativvorschläge zur Beitragsregelung für Imkereien vorgelegt wurden. Auch über alternative Energiepflanzen wurde kurz gesprochen. Hier lud Peter Maske die Ministerin bereits jetzt zum Politischen Abend, den der D.I.B. am 12. Juni 2012 speziell zu diesem Thema in Berlin veranstaltet, herzlich ein.

Petra Friedrich; Tel. 0228/9329218 o. 0163/2732547, E-Mail: dib.presse@t-online.de